

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Völkme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Völkwerk, Völkme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, OHL, Kupferberg, Radenornwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 225

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: monatlich M. 60.—

Halver

Montag, den 25. September 1922

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite
1.50 M., auswärts 2 M., im Kleinteil 1 mm Höhe
und 90 mm Breite 8.— M.
Offerten-Beforgung 3.— M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung hat der mit den Führern der Parteien vereinbarten bedeutenden Erhöhung der Steuerungsleistungen für die Beamten und Arbeiter zugestimmt und eine baldige Neuordnung der Gehälter zugefagt.

* Die bürgerlichen Parteien Thüringens haben beschlossen, vorläufig von dem Verlangen eines Volksentscheides zur Auflösung des Landtages abzusehen.

* In Genf wurde die französische Resolution über Maßnahmen des Völkverbundes gegen das wirtschaftliche Chaos und die Valutakrisis angenommen.

* Die siegreichen Türken fordern nachdrücklich Thrazien und Konstantinopel. England widerstrebt diesen Forderungen.

* Präsident Harding soll beabsichtigen, eine allgemeine Wirtschaftskonferenz nach Washington einzuberufen.

* Der amerikanische Senat hat eine Vorlage angenommen, durch die 180.000 Dollar zur Deckung der Ausgaben der Kommission für die amerikanischen Kriegsforderungen an Deutschland bereitgestellt werden.

Unter der Wolke.

Wir stehen in der Schicksalswende des größten Dramas, das mit Versailles begann und dessen Ende klar umrissen aufsteigt. Es ist das Ende des alten Europas, der Verschlebung der Gewaltzentren und in geistiger Beziehung das Ende der Formeln, mit denen man noch vor wenig Jahren Politik und Wirtschaft zu bestimmen versuchte. Das Umstürzen des Ruffenstaates in einen kapitalistischen, das Erlahmen eines folgerichtig durchgeführten Marxismus und der damit zusammenhängenden Sozialisierungsbestrebungen in einer Reihe von privatwirtschaftlichen Verträgen, die die Sowjetregierung mit den Leitern von Finanzkonzernen abschloß, ebenso die Lösung der Reparationsfrage zwischen der Entente und Deutschland durch Verträge der interessierten Lieferungs- bzw. Geschädigten-Gruppen, das alles sind Umsätze zu neuen Formen der Wirtschaft und Politik, in der der Staat nicht mehr alles, dagegen die freie Vereinbarung vorherrschend ist. Mit dem Wort „Kapitalismus“ kommt man derartigen Entwicklungsreihen nicht mehr bei. Daß z. B. die Gewerkschaften an solchen Verträgen direkt interessiert sind, will zwar mancher radikale Politiker nicht wahr haben, und auf der sozialistischen Einigungswoche in Augsburg und Gera ist genugsam dagegen gesprochen worden, aber die Dogmatiker sind gezwungen, in der Praxis nach dem Bebel der Verringerung zu suchen.

Der außen- und innenpolitische Kurs des Deutschen Reiches hat seit der Novemberrevolution vom 1918 auf dem Weg der Erfüllungspolitik nicht die Richtung gefunden. Wohl wurde die Erfüllung angestrebt, aber die Unmöglichkeit dazu wurde offenbar. Die Waffen sind erbittert, es muß neuer Wein in alte Schläuche gegossen werden, um eine Katastrophe zu verhindern. Durch die wirtschaftliche Entwicklung sind die früheren Parteidoctrinen erschüttert, ihre Anziehungskraft in Frage gestellt. Diese Entwicklung wird fortschreiten, wenn auch in Zukunft nur kleine statt lebendigen Protes des Erkennens der Wirklichkeit gegeben wird. In Augsburg, in Gera haben die beiden bisher getrennten sozialdemokratischen Parteien sich zusammengeschlossen. Bedeutet das einen Fortschritt auf dem Wege zur unablässig geforderten Einheit der Nation? Einer der besten Deutschen, der Lagarde, hatte die Einheit der Nation also hergeleitet: „Deutschland kann nur einig werden durch gemeinsame Arbeit, vorausgesetzt, daß diese Arbeit die ganze Nation in Anspruch nimmt. Denn nur diese Arbeit wird alle Kräfte wecken und alle nicht zum Wesen der Deutschen gehörigen, sondern durch ein beispielloses Mißgeschick ihnen aufgebürdeten fremden Arbeitskräfte, unsere Parteien trennen, statt zu verbinden, und so gleicht die deutsche Nation einem Heer, das unter einer schweren und verstimmen Wolk marschiert und in sich selbst uneins ist und gegeneinander habert.“

Der Weg zur Volksgemeinschaft ist ein anderer als der trennender Parteiprogramme. Weil wir republikanisch und freiheitlich wurden, haben wir noch längst keine Erleichterungen vom Feindbund erhalten, eben weil wir keine Macht im Kampf der Mächte mehr waren. Auch das Moratorium, das der Präsident der privaten Reichsbank in London herausholte, steht auf dem Boden der Erfüllungspolitik, die eigentlich ein Ende haben müßte, da wir sogar nach dem Urteil der Reparationskommission zahlungsunfähig sind. Die Reichsbank hat den Goldbetrag von 270 Millionen Mark aufzuscheiden, und um dessen Abfluß nach London zu verhindern, muß die Reichsregierung der Reichsbank monatlich Beträge von 15 Millionen Goldmark zufließen lassen. Diese Beträge werden uns fehlen und die Weltwirtschaftskrise noch verstärken. Das weiß man natürlich auch auf der Gegenseite. Es ist bemerkenswert, daß auf der Völkverbundstagung in Genf auch die Franzosen durch die Joubert sich endlich bereit erklärten, die Frage der Reparationen und zwischenstaatlichen Verschuldung in ihrer Gesamtheit und möglichst unter Ausschließung politischer Maximen behandelt zu lassen. Das ist vielleicht ein Lichtblick, aber der Weg dazu ist mit den Grabsteinen der europäischen Wirtschaft umfüllt.

Auch die Entente hat allerlei zu Grabe tragen müssen. Die einheitliche Erhebung des Türkenvolkes gegen den Schmachfrieden von Sèvres hat im Orient eine neue Lage geschaffen, die England insofern trifft, als nach englischer Tradition Lloyd George nicht auf den kranken Mann am Bosporus gewettet hatte. Keinmal Sieg über die Griechen führte dann zum Zusammenbruch der britischen Orientpolitik, die immer, wie Disraeli betonte, der Schlüssel der Politik Englands sein wird. England führt etwas mit den Waffen, aber man scheint doch die Folgerungen aus der Lage zu ziehen und auf einer großen Orientkonferenz mehrere Monate lang sich diplomatisch zu zanken und dann einigen zu wollen. Die Gefahr, daß die Kriegswolke, die plötzlich in Vorderasien verheerend niederging, auch auf dem Balkan aufsteigen wird, ist aber noch nicht bekannt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Erleichterungen in der Luxus- und Umsatzsteuer.

Der Reichsrat nahm neue Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz, insbesondere zur Luxussteuer, an, in denen eine ganze Reihe Einschränkungen und Befreiungen vorgesehen sind, namentlich im Interesse des deutschen Handwerks. So sind die Verfeinerungsarbeiten jetzt nicht mehr maßgebend für die Luxussteuerpflicht, die eigentlichen Gebrauchsgegenstände sind fast durchweg freigelassen und bei Metallwaren, keramischen Waren, Textil- und Holzwaren nur die Schmuckgegenstände der Luxussteuer unterworfen.

Eisenbahner gegen Preistreiberei und Ausverkauf.

Der „Hauptbeamtenrat der Reichseisenbahn“ hat zur Teuerung eine Entschliebung angenommen, in der es u. a. heißt: „Die Notlage der Beamten ist nunmehr in ein Stadium getreten, welches selbst beim besten Willen nicht mehr ertragen werden kann. Der Hauptbeamtenrat hält es für seine heiligste Pflicht, die Regierung mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß sofortige und ausgiebige Hilfe nötig ist, wenn eine Katastrophe verhütet werden soll. Er hält es aber auch weiterhin für seine Pflicht, die Regierung dringend darauf aufmerksam zu machen, daß die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung unmöglich erscheint, wenn sie nicht gewillt ist, in letzter Stunde noch der verbrecherischen Preistreiberei und dem schrankenlosen Ausverkauf Deutschlands durch die valutastarken Ausländer entschieden Einhalt zu gebieten.“

Bischöfe in der evangelischen Kirche?

Mit einer Mehrheit von 127 gegen 74 Stimmen wurde von der versammelnden Kirchenversammlung in Berlin ein Antrag des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats, D. Moeller, angenommen, daß es zur Beilegung der Amtsbezeichnung „Bischof“ an die Generalsuperintendenten eines Kirchenbezirks bedarf. Ein Antrag auf sofortige Einführung der Amtsbezeichnung „Bischof“ war mit 102 gegen 94 Stimmen abgelehnt worden.

Neue preussische Pachtordnung.

Der Entwurf einer neuen preussischen Pachtordnung liegt zurzeit dem Staatsrat vor. Der Entwurf bringt mannigfache Änderungen im Verfahren vor den Pachteinschlagsämtern und eine bedeutende Erweiterung des bisherigen Pachtschutzes. Bemerkenswert ist im Hinblick auf die am 1. Oktober ablaufenden Pachtverträge in dem Entwurf eine Vorschrift, durch die auch die vor Inkrafttreten der neuen Pachtordnung beim Pachteinigungsamt gestellten Anträge auf Pachtverlängerung bei Grundstücken von 2,5 bis zu 10 Hektar für wirksam erklärt werden.

Die sozialdemokratischen Parteitage.

Auf dem Parteitag der Mehrheitssozialisten in Augsburg sprach Abgeordneter Saenger-München über die Zukunftsreform. Er forderte u. a. gesetzliche umfassende Festlegung des Arbeiterrechts und Heranziehung von Laien auch in den höheren Instanzen der ordentlichen Gerichte. Von der Wahlkommission wurden zu Vorsitzenden der Partei vorgeschlagen: Hermann Müller und Otto Wels. — In Gera, auf dem Parteitag der Unabhängigen, trat Crispien in längerer Rede für die Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien ein.

Frankreich.

X. Lubsac über das Abkommen mit Stinnes. In Laon hat der Lubsac einen ins einzelne gehenden Vortrag über sein Abkommen mit Stinnes gehalten. Er erklärte dabei u. a., daß er bei der Unterzeichnung des Vertrages nicht den geringsten politischen Hintergedanken gehabt habe. Es sei ein Geschäft, um das es sich handle. Er habe keine andere Absicht gehabt, als Baumaterial zu erhalten, für das Frankreich nicht wieder Vorschüsse leisten müßte. Er habe als Präsident der Wiederaufbaukommissionen gehandelt und in der tiefen Überzeugung, daß er die Interessen der Geschädigten sowie die seines Landes verteidige.

Nordamerika.

X. Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz? Die „New York Tribune“, die meist über die Absichten des Präsidenten Harding gut unterrichtet ist, behauptet, dieser werde zu Beginn des nächsten Jahres eine große Finanz- und Wirtschaftskonferenz nach Washington einberufen, deren Aufgaben durch die bevorstehende Konferenz von Brüssel erleichtert sein werden, von der man hofft, daß sie bis dahin das Problem der Reparationen und interalliierten Schulden geregelt haben wird.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichsrat stimmte einer Verordnung zu, wonach die Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung um 50 Prozent bei denjenigen Unfallrentnern, die noch bis zur Hälfte erwerbsfähig sind und bei den übrigen um 100 Prozent festgesetzt wird.

Braunschweig. Das Staatsministerium hat den „Stahlhelm“, Bund der Frontsoldaten, und den „Jugenddeutschen Orden“ mit allen Unterorganisationen mit sofortiger Wirkung aufgelöst und verboten.

Warschau. Am 1. Oktober findet hier der erste Kongreß der christlichen arbeitenden Jugend statt. Zu dem Kongreß haben sich bereits Vertreter aus Deutschland, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Frankreich angemeldet.

Moskau. Zwischen Vertretern der Sowjetregierung und Vertretern der Kanadischen Regierung wurde das London-Abkommen unterzeichnet, durch welches sich Kanada dem russisch-englischen Vertrag von 1921 anschließt.

Riga. Die chinesische Regierung hat einen ihr von Joffe unterbreiteten Vorschlag angenommen, der die Erneuerung der freundschaftlichen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und China betrifft.

Sofia. Die ehemaligen Minister, die in Tirnovo in Schutzhaft genommen worden waren, sind nach Sofia gebracht und auf freien Fuß gesetzt.

„Hinten, weit in der Türkei...“

Ultimatum der Angoraregierung.

Seute kann man nicht mehr davon reden, daß die nord-europäische Ruhe unbeeinträchtigt bleibt, wenn „hinten, weit in der Türkei, die Völkler aufeinander schlagen“. Der Vormarsch des Türkenfeldherrn Mustapha Kemal Pascha hat die politischen Stützen der englischen Weltmacht scharf angefoßen, und während man in Frankreich ob des Ereignisses jubiliert, herrscht große Sorge und Unsicherheit in London, zumal die Zustimmung des englischen Volkes zur Regierungshaltung durchaus unsicher ist. Sie erklärte der Arbeiterführer Thomas in einer Rede, die britische Arbeitererschaft müsse es dem Kabinett klar machen, daß es unter keinen Umständen England in einen Krieg verwickeln dürfe, ohne daß die Vertreter des Volkes im Parlament die erste Stimme in dieser Frage hätten.

Kemal drängt vorwärts.

Aus Konstantinopel telegraphierte der Berichterstatter dem Londoner „Daily Express“, die Angora-Regierung sei im Begriff, den Alliierten eine Erklärung zu unterbreiten, worin gefordert wird, daß die Griechen Thrazien räumen, das dann durch türkische Truppen besetzt werden würde. Es werde um eine Entscheidung binnen 48 Stunden ersucht werden. Und der französische General Pellé erklärte nach seiner Rückkehr aus Smyrna, daß Kemal ihm gesagt habe, er könne seine Truppen nur noch einige Tage zurückhalten unter der Bedingung, daß die Alliierten in einer Konferenz die Rückgabe Konstantinopels und Ost-Thraziens an die Türken aussprechen. General Pellé hat den Eindruck, daß die Türken entschlossen sind, Konstantinopel und Thrazien unter allen Umständen vor dem Winter zu erlangen, selbst wenn ein gewalttätiges Vorgehen die Zerstörung Konstantinopels notwendig machen sollte.

Deutschland nicht interessiert.

Der Berliner Korrespondent der „Westminster Gazette“ hatte eine Unterredung mit dem Reichskanzler Dr. Brüning, in der auch Deutschlands Stellung zu den Ereignissen im Orient berührt wurde. Der Kanzler äußerte sich folgendermaßen: „Deutschlands Politik ist der Frieden. Wir haben kein Interesse an den Problemen des Orients. Wir halten alle militärischen Konflikte, wo immer sie auch sein mögen, für unerwünscht.“

Reparationsdebatte in Genf.

Zusammenstoß zwischen Frankreich und der Schweiz. Die große Auseinandersetzung über die Reparationsfrage begann unter großer Geheimhaltung mit einer Erklärung des französischen Vertreters, Senator de Joubert, über die Stellung Frankreichs. Es wäre unmöglich, begann de Joubert, daß die hier versammelten Vertreter der Weltmeinungen zu den großen Fragen, die den Frieden der Welt betreffen, schweigen sollten, wie es denn auch unmöglich sei, daß Frankreich schweige. 80 Millionen französischen Geldes habe Frankreich schon für die Reparationen ausgegeben und kein Pfennig deutschen Geldes sei in dieser Summe enthalten. Wie Frankreich für die verwüsteten Gebiete Solidarität bestunde, so müsse sich die Solidarität Europas bekunden, ohne daß man die Intervention Amerikas abwarte. Der Wohlstand müsse lauten: Hilf dir selbst, dann hilft dir Amerika. Frankreich verlange, daß man aus dem Zeitalter des Moratoriums in das der Lösung übergehe. Diese Lösung müßte im Rahmen der internationalen Verträge und der internationalen Abkommen gefunden werden. Wenn auch diese Verträge in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht in keiner Weise vollkommen seien, so hätten sie doch die Ketten der unterdrückten Nationalitäten zerbrochen, und dieses Ergebnis dürfe nicht wieder in Frage gestellt werden.

England stimmt den französischen Vorschlägen zu. Der Vertreter Englands Lord Fisher sagte, daß er die Vorschläge Jouberts annehme, v. a. nach seiner Ansicht an Stelle der Vorschläge Cecil trete könnten. Er sei mit ihnen einverstanden, weil sie die Bedeutung des Reparationsproblems und der zweiten Lebensfrage, der interalliierten Schulden, sowie die Zusammenhänge dieser Fragen untereinander und für die Abrüstung hervorheben.

Die Schweiz für Deutschland.

Der Vertreter der Schweiz Motta schnitt die Rolle Deutschlands in der Reparationsangelegenheit und im Völkverbund an. Er wandte sich gegen die Auffassung, daß unter den interessierten Staaten nur die alliierten Regierungen zu verstehen seien. Zu diesen müsse auch unbedingt Deutschland gerechnet werden, ohne dessen Mitarbeit eine befriedigende Lösung der Reparationsfrage undenkbar sei. Ebenso sei der Beitritt Deutschlands in den Völkverbund wünschenswert. Der französische Vertreter wandte sich mit scharfer Betonung gegen Motta und verlangte, daß seine Resolution nicht geändert werde. Er verlange das um so nachdrücklicher, als hier der Vertreter eines neutralen Landes gewisse Worte ausgesprochen hat, die ihn zu der Erklärung zwingen, daß über den Resolutionstext, nachdem die alliierten Delegationen sich geeinigt haben, kein Zweifel bestehen kann, und daß niemand das Recht habe, seinen Sinn zu vergrößern oder zu ändern. Der Schweizer Motta entgegnete, daß er annehmen wolle, daß de Joubert seine unbilligen Worte gebrauchen wolle. Er habe nichts vergewaltigt und nichts verändert. Die Tatsachen sprächen selbst.

Der Präsident des Ausschusses schloß dann die Debatte. Die bekannte Resolution de Jouberts, in welcher der Völkverbund zu Maßnahmen gegen die Valutakrisis und das wirtschaftliche Chaos aufgefordert wird, wurde angenommen und Lord Robert Cecil mit der Ausarbeitung eines Vorentwurfs betraut.

Höhere Bezüge für Beamte.

Zustimmung der Reichsregierung.

Freitag fand in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Vizelanzlers Bauer in Anwesenheit von Vertretern der preussischen Staatsregierung eine Besprechung mit den Führern der Parteien des Reichstages und des Preussischen Landtages über die Beförderungserhöhung der Beamten, Angestellten und Arbeiter statt.

Vom Reichsfinanzministerium wurde mitgeteilt, daß in letzter Nacht nach schwierigen Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen eine Einigung erzielt worden sei. Es sei in Aussicht genommen, den allgemeinen Teuerungszuschlag von 437 Prozent auf 677 Prozent, und den Kopszuschlag, d. h. den erhöhten Teuerungszuschlag auf die ersten 10 000 Mark, von 492 auf 777 Prozent zu erhöhen. Die Arbeiterlöhne sollten entsprechend festgesetzt werden.

Die Reichsregierung habe zugefagt, daß schon am nächsten Donnerstag in eine Beratung über die grundsätzliche Neuordnung der Gehälter, insbesondere des Grundgehalts und des Ortszuschlags, eingetreten werde. Vizekanzler Bauer erklärte, daß sofort der Ausschuss des Reichsrates und der ständige Ausschuss des Reichstages um ihre Zustimmung zu den geplanten Erhöhungen ersucht werden würden, und daß die Auszahlung der Bezüge mit größtmöglicher Beschleunigung vor sich gehen würde. Das Reichsministerium hat bereits der Neuordnung der Teuerungszuschläge zugestimmt.

Wiederaufbaugruppe Bayern G. m. b. H.

Sachleistungen an Frankreich und Belgien.

Eine Gruppe von Interessenten gründete für Sachleistungen auf dem gesamten Gebiete des Wiederaufbaues im Sinne Vemelmans, Gillels und des Wiesbadener Abkommens zwecks freien Zusammenschlusses die Wiederaufbaugruppe Bayern G. m. b. H. mit dem Sitz in München und einem vorläufigen Kapital von 300 000 Mark. Wie mitgeteilt wird, gehören der Gruppe eine größere Anzahl bedeutender süddeutscher Werke, darunter auch die Daimler Motoren-Gesellschaft in Stuttgart an. Für diese bayerischen Sachleistungen komme nach Zusage des französischen Wiederaufbauministeriums der französische Minimalzoll zur Anwendung. Mit Stinnes habe die Gruppe ebenfalls Fühlung genommen und bereits ein Abkommen dahin erzielt, daß auch die bayerischen Lieferanten durch die Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau Reparationsstoffe erhalten.

Eisenbahner gegen die Pressenot.

Regierungsmaßnahmen verlangt.

Der Verbandstag der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner hat eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Der Verbandstag des Stammverbandes der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner sieht mit großer Besorgnis dem langsame Hungertode der Presse gegenüber, hervorgerufen durch die unheimliche, fast unglaubliche und vor allem nicht gerechtfertigte Preisbildung der Papierindustrie. Diesem Verhängnis ist nicht nur die Tagespresse, sondern auch die Arbeiter- und Gewerkschaftspresse ausgeliefert. Die Regierung wird sich nicht verschließen können, daß diese Entwicklung katastrophal wirken muß. Dem Verbandstag ist es unverständlich, daß die Reichsregierung immer noch eine Papierausfuhr zuläßt. Der Verbandstag erwartet von der Regierung, daß sie recht bald durchgreifende Maßnahmen erläßt, um dem Wucher durch die privaten und staatlichen Waldbesitzer, Holzhändler und Papierfabrikanten zu steuern und der Not der Presse abzuwehren.

Die im 160. Jahrgang erscheinende „Zweibrücker Zeitung“, die älteste Zeitung der Pfalz und eine der ältesten Deutschlands, hat ihrem gesamten Personal zum 1. Oktober gekündigt, da sie von diesem Tage an nicht mehr erscheinen werde.

Soziales und Provinzielles.

Salver, 25. September 1922.

□ Zur Wetterlage. Die Witterung der letzten Sommer-tage stand im Zeichen schwerer Herbststürme. Nachdem das unfreundliche Wetter uns zu Beginn der dritten Septemberwoche eine starke Abkühlung gebracht hatte — am 19. September wurden an vielen Orten Mittel- und Norddeutschlands morgens nur 3 Grad Celsius gemessen — setzte am 20. September bei vorwiegend südwestlichen Winden eine starke Erwärmung ein. Das Thermometer stieg auf 16 und 17 Grad Celsius. Während zuvor die Durchschnittswerte der Tagestemperaturen zumeist erheblich unter den normalen Werten gelegen hatten, wurden am 20. und 21. September die Normalwerte mindestens erreicht, vielfach sogar übertroffen. Gleichzeitig brachte aber ein sehr schnell ostwärts ziehender Tiefdruckwirbel der ganzen Küste außerordentlich starke Niederschläge und schwere Stürme, die besonders an der Nordseeküste schweren Schaden anrichteten. Etwas milder war das Wetter in Süd- und Südwest-

Deutschland. Da das letzte über Frankreich lagernde Hochdruckgebiet nordostwärts vorzustößen scheint, ist mindestens mit einer vorübergehenden Besserung zu rechnen. Allerdings dürfte im Norden zunächst noch das veränderliche Wetter vorherrschen. Ein vom Atlantischen Ozean vor-drängendes Tief würde jedoch wohl die ein wenig besser gewordenen Wetterverhältnisse schnell zerstören.

□ Studentenferienarten für Weihnachten. Der Reichsverkehrsminister hat angeordnet, daß die Schülerferienarten (Halber Fahrpreis) den Studierenden auch während der Weihnachtsferien zugänglich gemacht werden sollen, während sie ihnen nach den bisherigen Tarifbestimmungen nur zu Beginn und Schluß des Semesters gewährt wurden.

□ Die billigste Zigarre 30 Mark. In Berlin nahmen die Angestellten des Tabakgewerbes in einer Versammlung zu der Tabaleinfuhrsperre und den geplanten Erhöhungen der Tabaksteuer Stellung. Es wurde bei dieser Gelegenheit festgestellt, daß die Maßnahmen der Regierung die Herstellung von Zigarren derart verteuern würden, daß im Kleinhandel keine Zigarre unter 30 Mark zu haben sein werde. Schon jetzt mache sich ein starker Rückgang des Tabakverbrauchs bemerkbar, und die Erfinden von etwa 60 000 Angestellten im Reich sei aufs schwerste bedroht. Die Versammlung beschloß, in einer Eingabe an den Reichswirtschaftsminister die sofortige Aufhebung der Einfuhrsperre zu fordern.

—* hk. Nachnahmeverkehr. In Wirtschaftskreisen wird es als äußerst hemmend empfunden, daß der Höchstbetrag für Nachnahmeforderungen und Postaufträge immer noch auf 5000 Mark festgesetzt ist und in einer Vorlage, die sich gegenwärtig beim Reichsrat befindet, nur auf 10000 Mark erhöht werden soll. Infolge der großen Geldentwertung ist eine Hinaufsetzung dieser Höchstbeträge auf mindestens 30000 Mark unbedingt erforderlich, da zahlreiche Gewerbezweige, insbesondere solche, die hochwertigen Waren versenden, sich gegenwärtig der Nach-nahme kaum noch bedienen können. Der Deutsche Industrie- und Handelstag ist daher beim Reichsrat für eine Erhöhung der Höchstgrenze auf mindestens 30000 Mark eingetreten.

hk. Schadenersatzpflicht der Post für gewöhnliche Pakete und Einschreibebriefe. Der Deutsche Industrie- und Handelstag ist in einer Eingabe an den Reichsrat und an den Reichstag dafür eingetreten, daß die Schadenersatzpflicht der Post für gewöhnliche Pakete und Einschreibebriefe in demselben Verhältnis fortlaufend gesteigert werde, wie die Gebühren für gewöhnliche Pakete und Einschreibebriefe.

—* hk. Erhöhung der Ausfuhrabgabe. Der Außenhandelsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages unterrichtete sich in seiner Sitzung am 12. September über den augenblicklichen Stand der vorbereiteten Beseitigung von Mißständen in der jetzigen Außenhandelskontrolle sowie über das Schicksal der zu Gegenständen der Außenhandelskontrolle eingebrachten Gesetzentwürfe. Die jetzt Gesetz gewordene Erhöhung der Ausfuhrabgabe soll in ihren praktischen Wirkungen zunächst beobachtet werden, bevor an Hand neuer Unterlagen nochmals zu ihrer Schädlichkeit Stellung genommen wird.

—* hk. Wagenumlauf. Mit fortschreitender Ernte und Einsetzen der Hausbrandversorgung für den Winter steigt der Bedarf an gedeckten und offenen Güterwagen dauernd an. Eine weitere Zunahme des Bedarfs an offenen Wagen tritt auch mit dem Inkrafttreten des Ueberflachtenabkommens in den Steinkohlenbezirken ein. Die Deckung des Bedarfs an Wagen bereitet schon jetzt ganz erhebliche Schwierigkeiten. Zur Herabminderung der durch Nichtgestellung von Wagen entstehenden Schäden muß mit allen Mitteln auf eine Beschleunigung des Wagenumlaufs hingewirkt werden. Es ist dringend erforderlich, daß das Ladegewicht der Wagen von den Verkehrstreibern in weitgehendster Weise ausgenutzt wird, und daß die Wagen pünktlich ent- und beladen werden. Ganz besonders dadurch, daß die Ent- und Beladung nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr aufhört, wird der Wagenumlauf verlangsamt. Es muß daher im Belange der Allgemeinheit erwartet werden, daß die Ent- und Belader Ueberstunden leisten oder besondere Leute für nachmittags anstellen, besonders an Sonnabenden. Die Reichsbahndirektion weist gleichzeitig

darauf hin, daß säumige Verkehrstreibende auf eine Erstattung vom verwirktem Wagenstandgeld nicht zu rechnen haben werden, und daß sie in geeigneten Fällen zu einer Erhöhung des Wagenstandgeldes schreiten wird. Die Verkehrstreibenden werden dringend ersucht, die vorstehenden Ausführungen genau zu beachten.

—* Beschäftigung ausländischer Landarbeiter in der Landwirtschaft für das Jahr 1923. Sämtliche vom Landesarbeitsamt Westfalen und Lippe erteilten Genehmigungen zur Beschäftigung von Ausländern in der Landwirtschaft verlieren mit dem 15. Dezember 1922 ihre Gültigkeit. Arbeitgeber, die über diesen Zeitpunkt hinaus Ausländer ohne erneute Genehmigung in der Landwirtschaft beschäftigen, machen sich nach den erlassenen Polizeiverordnungen strafbar; auch haben sie damit zu rechnen, daß ihnen die Ausländer entzogen werden. Auf Grund des § 26 des Arbeitsnachweisgesetzes vom 22. 7. 22. wird die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der Landwirtschaft für das Jahr 1923 durch das Reichsamt für Arbeitsvermittlung im Einvernehmen mit den Ländern im Verordnungswege geregelt werden. Der Herr Präsident des Reichsamts für Arbeitsvermittlung hat bestimmt, daß bis zum Erlaß dieser Verordnung das bestehende Genehmigungsverfahren für die Beschäftigung ausländischer Landarbeiter Gültigkeit behält. Anträge auf Weiterbeschäftigung von Ausländern in der Landwirtschaft sowie Neuanträge für das Jahr 1923 sind auf besonderen Vordrucken bis spätestens 10. Oktober ds. Js. an den Magistrat oder an das zuständige Amt einzureichen; andernfalls ist eine rechtzeitige Erledigung in Frage gestellt. Die Vordrucke können von den Ortsbehörden (Bürgermeister, Amtmann) bezogen werden. Die Benutzung von Vordrucken aus den Jahren 1921 und 1922 ist nicht statthaft. Die endgültige Entscheidung über die Anträge erfolgt durch das Landesarbeitsamt Westfalen und Lippe in Münster, von welchem die Genehmigungsscheine den Antragstellern unmittelbar zugehen. Zur Deckung der dem Landesarbeitsamt durch das Genehmigungsverfahren entstehenden Unkosten wird auf Grund einer noch zu erlassenen Gebührenordnung eine Gebühr erhoben werden, deren Höhe auf Grund des gegenwärtigen Geldwertes voraussichtlich auf 60 Mk. festgesetzt werden wird. Die Einziehung der Gebühren erfolgt durch das Landesarbeitsamt Westfalen und Lippe in Münster unmittelbar.

—* Ein Reform der Schulzeugnisse. Dem Unterrichtsministerium sind in letzter Zeit zahlreiche Beschwerden von Eltern über die Nichtverfolgung ihrer Kinder zugegangen, die sich hauptsächlich daraus erklären, daß sich aus den zu unbestimmt gefaßten Zeugnissen in einzelnen Fällen kein klares Bild von dem Standpunkt des Schülers oder der Bewertung seiner Leistungen durch die Schule gewinnen läßt. Die Eltern sind, wie der Minister in einem Erlasse bemerkt, bei so unbestimmt gehaltenen Urteilen geneigt, den Lehrern vorzuwerfen, daß sie sich nicht sorgsam genug mit ihren Schülern beschäftigen haben, um selbst am Schluß eines längeren Abschnittes, wie ihn das Schuljahr oder bei den Reisezeugnissen die ganze Schulzeit bedeutet, uneingeschränkt sagen zu können, daß die Leistungen nicht genügend, genügend oder gut seien. Der Minister fordert daher, daß sich der Lehrer besonders am Schluß des Schuljahres auch bei den einzelnen Zweigen des Faches für eine einheitliche Wertung entscheidet, wie ja auch die Anforderungen, die jedes Fach an die Schüler stellt, etwas im ganzen Einheitliches sind. Die Beforgnis, daß die verschiedenen Urteile ein zu starres Vorgehen bei der Verfolgung oder der Reifeprüfung zur Folge haben könnten, wird durch die Bestimmung hinfällig, daß bei beiden auch die Gesamtpersonlichkeit des Schülers gebührend zu berücksichtigen ist. Nach diesem Erlasse wird es also auf den Weihnachtszeugnissen keine Zwischenzeugnisse mehr geben. Das „ziemlich“, „meist“, „noch“, „im ganzen“ vor den Prädikaten „gut“ und „genügend“ fällt also fort.

—* Salver, 23. Sept. Infolge Versagens der Reichsbank mit baren Geldern bildet sich auch im hiesigen Amtsbezirk eine Knappheit an Zahlungsmitteln heraus,

Goldelise.

Roman von E. Marlitt.

21

(Nachdruck verboten)

„Ja, das ist eine Frage, liebes Kind, die ich dir vielleicht erst in einem Jahre beantworten könnte, vorausgesetzt, daß ich täglich Gelegenheit hätte, mit dem Gutsherrn zu verkehren. . . Er kam zu meinem Bruder, um Näheres über den Vorfall zwischen seinem Verwalter und der armen Tagelöhnerswitwe zu hören. Sabine wurde heringerufen und mußte erzählen, wie sie die Schneider gefunden habe. Er fragte nach dem kleinsten Umstande, aber immer kurz, bestimmt. Welchen Eindruck Sabines Bericht ihm machte, darüber blieb man völlig im dunkeln, so undurchdringlich war sein Blick. . . Er kommt direkt aus Spanien. Aus den wenigen Äußerungen, zu denen er sich herabließ, konnte man entnehmen, daß ihm brieflich durch irgendeinen Freund das Anwesen auf seinem Gute mitgeteilt worden war, worauf er sofort die Rückreise nach Thüringen angetreten hatte.“

„Und seine äußere Erscheinung?“ fragte Frau Ferber. „Gefällt mir, obgleich mir so viel Zurückweisung und Unnahbarkeit in Haltung und Bewegung fast noch nie bei einem Menschen vorgekommen ist. Ich begreife vollkommen, daß man ihn für unbegrenzt hochmütig hält, und doch kann ich mir andererseits wieder nicht einreden, daß hinter den merkwürdig gekrümmten Gesichtszügen ein so törichter Wahn Grund und Boden habe. Sein Gesicht hat stets den Ausdruck alter Ruhe.“

Elisabeth hörte dieser Schilderung nachdenklich zu. Sie hatte bereits die Erfahrung gemacht, daß jene kalte Ruhe auf Augenblicke bedeutend aus dem Geleise weichen konnte, und erzählte dem Vater den Auftritt, dessen Zeugen sie gewesen war.

„Nun, da ist ja das Strafgericht schneller hereingebrochen, als sich denken ließ“, sagte Ferber. „Möglich, daß der Onkel mit seinen Äußerungen auch das Seine dazu beigetragen hat — der kennt keine Rücksicht, sobald er um sein Urteil befragt wird. Er hat dem Schlossherrn so reinen Wein eingeschüttet, daß auch nicht das geringste von dem auf seinem Herzen blieb, was ihn im Verlaufe eines Jahres ergrimm hat.“

10.

Raum eine Woche war seit jenem Abend vergangen. Diese wenigen Tage aber hatten einen gewaltigen Umschwung im Lindhofers Schlosse hervorgerufen, wie man hörte. Der entlassene Verwalter war bereits durch einen neuen ersetzt, dem jedoch sehr enge Grenzen gesteckt waren, indem der Gutsherr sich selbst die Oberaufsicht vorbehielt. Doktor Fels kam jeden Tag nach Lindhof, denn Fräulein von Walde war krank. Das war jedenfalls der Grund, weshalb Elisabeth bisher keine Aufforderung erhalten hatte, wieder zur Stunde zu kommen.

Im Dorfe wußte man, daß es auf dem Gute furchtbare Stürme gegeben hatte, bis die Luft rein geworden war. Herr von Walde hatte die drei ersten Tage nach seiner Ankunft allein auf seinem Zimmer geessen und sämtliche Briefchen der Baronin zurückgewiesen, bis endlich das heftige Unwohlsein seiner Schwester ihn mit der Cousine im Krankenzimmer zusammengeführt hatte. Seit jenem Tage war der Verkehr scheinbar wieder im Geleise, wenn auch die Bedienten erzählten, daß bei Tische fast kein Wort gesprochen werde.

An einem trüben, regnerischen Augusttage war Elisabeth von Fräulein v. Walde ersucht worden, doch auf eine halbe Stunde ins Schloß zu kommen. Die Dame war nicht allein, als das junge Mädchen eintrat. Im Fenster saß Herr von Walde. Seine Rechte hing, die Zigarre zwischen den Fingern haltend, nachlässig vom Fensterhimmel herab, während er die Linke gebogen hielt, als habe er soeben gesprochen. Seine Nachbarin, die Baronin Lessen, hielt den Oberkörper vorwärts gebeugt und schien seinen Worten mit einem äußerst verbindlichen Lächeln zu lauschen, obgleich die Rede augenscheinlich nicht an sie selbst, sondern an Helene gerichtet war. Auf einem Liegestuhl lag Fräulein von Walde. Ein weiterer Schlafrock umhüllte die kleine Gestalt, und die schönen braunen Locken waren unter ein Morgenhäubchen gesteckt, dessen Rosabänder die krankhafte Blässe ihres Gesichtes noch mehr hervorhoben. Auf ihren ausgestreckten Fingern saß der Kataduv; sie hielt ihn von Zeit zu Zeit lieblos an ihre Wange. Das „abscheuliche Tier“ hieß jetzt Liebschen, durfte schreien, soviel es wollte, und wurde höchstens durch ein mitleidiges: „Was ärgert denn mein Herzchen?“ zu beschwichtigen gesucht — also auch hier Verhöhnung und vollkommener Griefe.

Bei Elisabeths Eintreten winkte Helene ihr freundlich mit der Hand entgegen: es entsand jedoch dem jungen Mäd-

chen nicht, daß sie mit einer leichten Verlegenheit zu kämpfen hatte. „Lieber Rudolf“, sagte sie, indem sie Elisabeth bei der Hand nahm, „du siehst hier die liebenswürdige Künstlerin, der ich manche genutzreiche Stunde verdanke. . . Fräulein Ferber — von ihrem Onkel und bereits auch in der Umgegend Goldelise genannt — spielt so hinreichend, daß ich sie bitten will, uns heute den trüben, grauen Himmel vergessen zu machen. Sie sehen, liebes Kind“, wandte sie sich an Elisabeth, „daß ich noch unfähig bin, Ihnen am Klavier Gesellschaft zu leisten; wollen Sie die Freundlichkeit haben, etwas allein zu spielen?“

„Von Herzen gern“, erwiderte Elisabeth. „Darf ich mich jetzt auf eine Stunde beurlauben?“ fragte die Baronin, indem sie ihre Arbeit zusammenlegte und sich erhob. „Ich möchte mit Bella ein wenig ausfahren, das arme Ding ist so lange nicht an die Luft gekommen.“

„Nun, ich meine, die kann sie stets aus der ersten Hand haben, wenn sie sich die Mühe nimmt, den Kopf zum Fenster hinauszustrecken“, sagte Herr von Walde trocken.

„Mein Gott, ist es dir unangenehm, Rudolf, wenn ich fahre? . . . Ich bleibe auf der Stelle zu Hause, wenn —“

„Ich wüßte in der Tat nicht, weshalb ich dich abhalten sollte. Fahre so oft und so viel es dir beliebt“, war die gleichmütige Antwort.

Die Baronin preßte die Lippen zusammen und wandte sich zu Helene. „Also bleibt es dabei, daß der Kaffee auf meinem Zimmer getrunken wird? . . . Ich bin pünktlich in einer Stunde zurück und werde es mir nicht nehmen lassen, dich, liebste Helene, selbst in mein Zimmer zu fahren.“

„Das wirst du dir wohl nehmen lassen müssen“, sagte Herr von Walde. „Es ist mein Amt seit vielen Jahren, und ich will nicht hoffen, daß meine Schwester glaubt, ich sei während meiner Abwesenheit zu ungeschickt geworden.“

„Gewiß nicht, lieber Rudolf. . . ich bin dir sehr dankbar, wenn du so freundlich sein willst“, rief lebhaft Helene, während ihr Blick ängstlich zwischen den beiden hin und her flog. Die Baronin hatte jedoch ihren Ärger bereits tapfer niedergelassen. Mit dem verbindlichsten Lächeln auf den Lippen reichte sie Herrn von Walde die Hand, küßte Helene auf die Wange und rauchte mit einem: „Nun denn, auf Wiedersehen!“ zur Tür hinaus.

(Fortsetzung folgt)

Der Reichs-Landbund zur Wirtschaftslage

Die in den letzten Wochen eingetretene Entwertung der Mark auf den Bruchteil eines Pfennigs hat dem deutschen Volke erneut den Abgrund gezeigt, in den es unaufhaltsam und immer schneller hineingeleitet. Der jetzige Stand der Devisen verleiht, der Fühlbedarf der deutschen Lebensmittelerzeugnisse durch Auslandskäufe zu decken. Erneut betont der Reichs-Landbund in dieser Lage, daß alle Kräfte darauf gerichtet sein müssen, die heimische Erzeugung auf schnellstem Wege auf die größtmögliche Höhe zu bringen. Die der Landwirtschaft gegen ihren Willen auferlegte Umlage führt zur Erdrückung aller landwirtschaftlichen Betriebe. Sie muß daher nicht nur hinsichtlich der Menge, sondern auch bezüglich des Preises den veränderten Verhältnissen angepaßt werden, daß die Landwirtschaft eine angemessene Bezahlung für ihr Getreide und die Möglichkeit zur Fortführung ihrer Wirtschaft erhält. Wird nicht gleichzeitig durch eine großzügige Kreditgewährung die Beschaffung von Kautionsbühnen gewährleistet, so ist zweifellos im nächsten Jahre mit einem erheblichen Ausfall der Kautionsbühnen zu rechnen, so daß Mähernten und Hungerstot zu erwarten stehen.

Der Reichs-Landbund tritt dafür ein, daß in möglichst weitem Umfang Kartoffellieferungsverträge zur unmittelbaren Versorgung der Versorgungskette abgeschlossen werden. Ermäßigung der Kartoffelfrachten, rechtzeitige und ausreichende Waggengestellung sowie Verbesserung der für den Kartoffelversand notwendigen Verkehrseinrichtungen sind zu fordern. Die Milch-, Fett- und Fleischversorgung darf nicht durch unverständige Brennvorbote, die über das Ziel hinausschießen, gefährdet werden. Nur die völlige Freigabe des Inlandzuckers wird die Mißstände in der Zuckerversorgung beseitigen.

Nicht kleine Mittel und behördliche Maßnahmen gegen einzelne von jedem zu vertretende Auswüchse können das deutsche Volk aus seiner Wirtschaftsnöte retten, sondern nur die Gesundung von innen heraus, deren Grundlage die eigene Arbeitsleistung und die Hebung der heimischen Erzeugung ist.

Für den Engeren Vorstand des Reichs-Landbundes.
gez. Hepp. gez. Dr. Noeske.

Lieferungsverträge für Kartoffeln!

Die katastrophale Entwicklung der Mark, die infolge der auf Deutschland lastenden ausländischen Verpflichtungen eingetreten ist, hat eine Forderung hervorgerufen, wie sie niemand vorausah. Mit dieser Forderung ist der Nachteil verbunden, daß es für Deutschland immer schwerer, wenn nicht unmöglich wird, das für die Ergänzung der Ernährung nötige Auslandsgetreide zu beziehen, da die Summen hierfür nicht aufzubringen sind. Für die zwei Millionen Tonnen Getreide, die außer dem Inlandsgetreide für Deutschland nötig sind, müßten zurzeit etwas über 100 Milliarden gezahlt werden. Hiermit trifft zusammen, daß das Ergebnis der diesjährigen Getreideernte die Durchführung der Umlage zur Unmöglichkeit macht. Deutschland befindet sich daher heute in einer ähnlichen Lage wie während des Krieges:

Im Kriege die Blockade, und daher die Unmöglichkeit, Lebensmittel einzuführen, jetzt ein Valutastand, der ebenfalls die Einfuhr des nötigen Lebensmittels, nämlich des Getreides, außerordentlich erschwert, wenn nicht unmöglich macht.

Dieser Zustand wird sich dauernd verschlimmern, wenn die französischen Ansprüche wie bisher aufrechterhalten bleiben!

Angeichts dieser wirtschaftlichen Verhältnisse ergibt

sich von neuem die stets betonte Notwendigkeit, zur Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes die Produktion der heimischen Landwirtschaft einzufügen! Hierbei spielt die Kartoffel eine bedeutende Rolle! Wenn auch übertriebene Hoffnungen nicht gehegt werden dürfen, so ist doch zu erwarten, daß die diesjährige Kartoffelernte wesentlich besser werden wird als im vergangenen Jahre, so daß die Kartoffel und ihre Fabrikate in größerem Umfang zur Brotstreckung herangezogen werden können. Die Landwirtschaft muß daher alles daran setzen, die Kartoffeln der Bevölkerung zuzuführen. Der einfachste und kürzeste Weg hierfür ist der weitestgehende Abschluß von Lieferungsverträgen, die bereits vielfach getätigt worden sind. Für die Lieferungsverträge kommen in Betracht Speisefertigkartoffeln in einwandfreier gesunder Beschaffenheit und Sortierung von 1% Zoll aufwärts, frei Wagen (bzw. Kahn) der Station des Erzeugers; Sortenwahl bleibt den Vertragsparteien überlassen. Als Preis gelten die an dem Verlabetage für den betreffenden Erzeugerbezirk notierten Marktpreise.

Die Landwirtschaft muß es als selbstverständliche Pflicht ansehen, die übernommenen Verpflichtungen rechtzeitig und rückhaltlos zu erfüllen. Hierdurch ist die Möglichkeit gegeben, in der schweren Not unseres Vaterlandes zu zeigen, daß die Landwirtschaft bereit ist, in kritischer Zeit die Volksgemeinschaft zur Tat werden zu lassen. Das ist eines der wesentlichsten Mittel, die geeignet sind, Deutschland über die heutigen schweren Zeiten hinwegzuhelfen, in denen die Landwirtschaft ein besonderes Interesse daran haben muß, ihren Betrieb in Ruhe fortzuführen; das gleiche Interesse hat aber auch die Allgemeinheit, die auf die Arbeit des deutschen Landmannes und auf seine Produkte in erster Linie angewiesen ist.

Darum, Landwirte und landwirtschaftliche Genossenschaften, schließt ungesäumt Kartoffellieferungsverträge in weitestem Umfang ab!

Für den Engeren Vorstand des Reichs-Landbundes.
gez. Hepp. gez. Dr. Noeske.

Einigkeit?

Einigkeit und Recht und Freiheit — auf diesen Dreifaltigkeitsspruch hat die deutsche Bevölkerung im vergangenen Jahre die republikanische Verfassung einzustellen. Die Notwendigkeit der Einigkeit hat später der Reichspräsident Ebert, die Volksgemeinschaft als Voraussetzung des deutschen Wiederaufbaus erweisen, in besonderer Rede noch unterstrichen. Und die Anwendung auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Augsburg? Als Clemenceau in Herzogenrath das frivole Wort prägte, in Deutschland leben 20 Millionen Menschen zuviel, hat sich das deutsche Volk ohne Rücksicht auf den sonst unvermeidlichen Parteiwitz gegen diesen politischen Scharlatan in begreiflicher Empörung geschlossen zur Wehr gesetzt. Jetzt aber erlebt man in Augsburg das unerhörte Schauspiel, daß ein führender Sozialdemokrat, Hermann Müller vom Parteivorstand, ein Mann, der vorübergehend der Auszeichnung gewürdigt wurde, zu dem Platz Wismars emporzuklimmen, Clemenceaus Gehässigkeit ohne Bedenken übernahm und sie auf die deutsche Volksgemeinschaft anwandte. Den deutschen Landwirten wurde von Müller die Ansicht nachgelegt, daß in Deutschland 20 Millionen zuviel leben, und die Ausrottung dieses starken Bevölkerungsteiles wurde ihnen als ein erstrebenswertes Ziel angedichtet. Jeder versteht, daß in den Kreisen der Landwirte im Hinblick auf diese beispiellose Beleidigung äußerste Erbitterung entstanden ist; jeder versteht, wie unerträglich groß die Sünde ist, die Hermann Müller mit seinem Anwurf am hehren Gedanken der Volksgemeinschaft begangen hat.

Was war der Anlaß? Das neue Umlagegesetz hat für das erste Drittel der Lieferer bestimmte Preise vorgegeben. Nach der Überzeugung der Landwirte lagen sie schon am 1. Juni unter den Gestehungskosten. Die seitdem eingetretene starke Geldentwertung hat den unzureichenden Charakter dieser Preise noch erheblich verschärft. Da mußte selbst die gegenwärtige Regierung, der niemand übertriebene Wohlwollen für die Landwirtschaft nach-

tagen kann, eine Erhöhung dieser Preise als unvermeidlich anerkennen. Die Sozialdemokratie möchte gleichwohl an den alten Preisen festhalten. Auch demokratische Blätter, z. B. die „Vossische Zeitung“ (442), nennen dieses Bestreben von vornherein widersinnig und unhaltbar.

Letzten Endes stoßen hier nur wieder zwei grundverschiedene Welten hart aufeinander: hier die Sozialdemokratie, die die Getreidepreise künstlich niedrig halten will auch auf die Gefahr, damit die inländische Erzeugung weiter zu schwächen und die Notwendigkeit der Einfuhr von Auslandsgetreide, das freilich unter Umständen überhaupt nicht mehr bezahlt werden kann, noch zu erweitern; dort das unbetrübte Mahnen des Reichs-Landbundes, unter allen Umständen die inländische Erzeugung zu erhöhen, weil nur auf diesem Wege unsere Volksernährung gesichert werden kann, und diese Steigerung der Innenproduktion auch durch ausreichende Preise für das Umlagegetreide nach Möglichkeit anzuregen. Man wird hier ohne weiteres die Haltung der Landwirtschaft als einwandfrei anerkennen müssen, zumal da sie gleichzeitig immer wieder darauf drang, durch Sonderbelastung der wirtschaftlich Starke das Brot der wahrhaft Notleidenden fühlbar zu verbilligen. Auf keinen Fall hat die Politik der Landwirtschaft auch nur den Schein einer Berechtigung für so unerhörte Beleidigungen gegeben, wie sie der Sozialdemokrat Hermann Müller unter dem Beifall seiner Freunde in Augsburg gegen den ältesten und gerade heute unentbehrlichsten Berufsstand geschleudert hat.

Zum Umlagegesetz.

Wie bereits mehrfach berichtet wurde, hat der Landwirtschaftliche Ausschuss des Reichstages einen Antrag Schiele angenommen, der die Reichsregierung ersucht, umgeändert den im Umlagegesetz vorgesehenen Preisfestsetzungsausschuss zusammenzuberufen, um mit ihm einen den völlig veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragenden neuen Preis für das erste Drittel der Umlage festzusetzen. Erhöhte Preise für das erste Drittel der Umlage hat inzwischen in diesem Ausschuss auch Minister Feiler für notwendig erklärt; er sprach von seiner Absicht, nach entsprechender Entscheidung des Ausschusses die Reichsgetreidekasse anzuweisen, die erhöhten Beträge zu zahlen, aber auch von der Absicht, die Zustimmung des Reichstages nachträglich einzuholen. Der Preisfestsetzungsausschuss hat dann einen neuen Antrag Schiele angenommen, den Umlagepreis entsprechend den Indizes für August, September und Oktober festzusetzen, außerdem aber den diesjährigen geringen Ernteausfall zu berücksichtigen. Dieser Antrag ist bei Stimmhaltung der sozialdemokratischen Mitglieder mit 11 gegen 3 Stimmen angenommen worden.

Ergab sich also die Notwendigkeit, die Preise für das erste Drittel der Umlage gerechter zu bemessen, so haben Anlaß zur Entrüstung am wenigsten diejenigen, auf deren Betreiben in der 2. Lesung des Gesetzes bestimmte Preise für das erste Drittel vorgegeben wurden, die schon damals den Gestehungskosten nicht entsprachen und bei der unausbleiblichen weiteren Geldentwertung vollends unhaltbar werden mußten. Der Bankrott des Umlagegesetzes war im besonderen auch ein Bankrott in der Preisfrage. Während die Regierungsvorlage ursprünglich der Reichsregierung das Recht gab, die Preise für das Umlagegetreide nach Anhörung eines besonderen Ausschusses festzusetzen, haben die Sozialdemokraten schließlich erreicht, daß für das erste Drittel der Umlage bereits im Gesetz bestimmte Preise eingefügt wurden. Die Regierung war schwach genug, diese Vermittlungen zu unterliegen. Nunmehr muß sie den Rückweg antreten; ihr folgen die Vorworte derer, von der Stellung der Landwirtschaft zu der Preisfrage ist von vornherein festgelegt. Die Notwendigkeit der Fortführung der Wirtschaft verlangt von selbst die Gestehungskosten, einen angemessenen Unternehmergewinn und den Ersatz gegenüber den gestiegenen Kosten der künftigen Erzeugung.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Bekanntmachung.

Der zeitige Mangel an baren Geldern hat die Unterzeichneten zu der Vereinbarung veranlaßt, daß die Amts-Sparkasse Halver in der Form von Schecks über 200 Mark, 500 Mark, 1000 Mark und 2000 Mark Ersatzgeld herausgibt. Diese auf die Amts-Sparkasse Halver gezogenen Schecks tragen

1. die Konto-Nr. 700,
2. den Quersattel: Nur zur Verrechnung,
3. unten rechts den Stempelausdruck: „Amts-Sparkasse Halver“ und darunter die Unterschriften der beiden Kassenbeamten

Wir bitten die Geschäftswelt von Halver und Schalksmühle, diese Schecks als Ersatzgeld anzunehmen, dabei auf die vorbezeichneten Merkmale genau zu achten, die Schecks aber nicht weiterzugeben, sondern möglichst innerhalb 10 Tagen nach der Ausfertigung an die unterzeichnete Sparkasse abzuführen.

Halver, den 22. September 1922.
Schalksmühle, der Vorstand die Vorstände
der Amtsparkasse Halver. d. Fabrikantenvereins Halver u. d. Fabrikantenvereins Schalksmühle.

(Staatsmedaille gold. Ausstellungspreise)
Pianos Flügel - Harmoniums
Verkauf an Private.
Roth & Junius
Hof-Piano- und Flügel-Fabrik
Hagen i. W.
Bahnhofstraße 29.
NB. Eintauch und Ankauf von gebrauchten Instrumenten.
Stimmungen und Reparaturen.

Walter Schulte,
G. m. b. H. HAGEN I. W. G. m. b. H.
-- Fernruf 3173. --
Treibriemen-Fabrik. 1383
Kernleder-Treibriemen für jede Betriebsart. Riemenreparaturen
Baumwoll-, Kamelhaar- u. Balat-Treibriemen
Transportgurte und Förderbänder i. Näh- und Binderleinen i. Rund- und Kordel-Schnur
Handleder u. alle technischen Lederwaren.

Habe stets auf Lager:
Herren-Paletots Damen-Kleider
Herren-Anzüge Damen-Mäntel
Loden-Jacken Kostüm-Röcke
gestreifte Hosen Blusen usw.
Paul Schulte,
Halver-Obernherweg.

Lederwaren
Damenhandtäschchen
Besuchstäschchen
Aktentassen
Briefstaschen
Geldscheintaschen
Portemonnaies
kaufen Sie noch preiswert!
Wilh. Bell jr., Halver.

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir
Nadelholzbestände
aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holzbestände zu kaufen
Nörtemann & Co., Holzhandlung, Hagen i. W.
1339 Fernruf 1897 und 3965
Metallabfälle u. Rückstände
kaufen 1617.
Loewenstein & Co.
Hagen, Aileestr. 33. Fernspr. 2318.

Anzeigen aller Art
Familien-Nachrichten, Stellengesuche
und Angebote, Kauf- u. Verkaufsa-
nzeigen usw.
in auswärtigen Zeitungen
besorgt ohne Preisaufschlag die
Geschäftsstelle des
Allgemeinen Anzeigers,
Halver.

Großes Lager preiswerter
Beleuchtungskörper
Elektr. Heiz- u. Kochapparate,
Staubsauger, Bügeleisen,
Haartrocken-Apparate
Elektrizitäts-Gesellschaft
Geißler & Schuller,
HAGEN I. W., Elberfelderstraße 44.
— Telefon 2314. — 1320

Neu eingetroffen:
**Taschenlampen-
Batterien.**
Wilh. Bell jr., Halver.

**Taschenlampen,
Birnen,
Batterien**
empfiehlt
Fr. Herm. Bohmer,
Schalksmühle.

**Die
Zwangsanleihe.**
Ein Zeitsaden für
die Praxis
von Dr. jur. Humm
vorläufig.
Buchhandlung
Wilh. Bell jr.,
Halver.

Tabak
empfiehlt
Fr. Herm. Bohmer,
Schalksmühle.

Spielfarten
empfiehlt
Wilh. Bell jr.
Halver